

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.** | **Dreiring-Cacao.**  
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

**Einzelgen-Zarif**  
Kontingente von Anzeigen...  
3 bis 10 Zeilen...  
11 bis 20 Zeilen...  
21 bis 30 Zeilen...  
31 bis 40 Zeilen...  
41 bis 50 Zeilen...  
51 bis 60 Zeilen...  
61 bis 70 Zeilen...  
71 bis 80 Zeilen...  
81 bis 90 Zeilen...  
91 bis 100 Zeilen...  
101 bis 110 Zeilen...  
111 bis 120 Zeilen...  
121 bis 130 Zeilen...  
131 bis 140 Zeilen...  
141 bis 150 Zeilen...  
151 bis 160 Zeilen...  
161 bis 170 Zeilen...  
171 bis 180 Zeilen...  
181 bis 190 Zeilen...  
191 bis 200 Zeilen...  
201 bis 210 Zeilen...  
211 bis 220 Zeilen...  
221 bis 230 Zeilen...  
231 bis 240 Zeilen...  
241 bis 250 Zeilen...  
251 bis 260 Zeilen...  
261 bis 270 Zeilen...  
271 bis 280 Zeilen...  
281 bis 290 Zeilen...  
291 bis 300 Zeilen...  
301 bis 310 Zeilen...  
311 bis 320 Zeilen...  
321 bis 330 Zeilen...  
331 bis 340 Zeilen...  
341 bis 350 Zeilen...  
351 bis 360 Zeilen...  
361 bis 370 Zeilen...  
371 bis 380 Zeilen...  
381 bis 390 Zeilen...  
391 bis 400 Zeilen...  
401 bis 410 Zeilen...  
411 bis 420 Zeilen...  
421 bis 430 Zeilen...  
431 bis 440 Zeilen...  
441 bis 450 Zeilen...  
451 bis 460 Zeilen...  
461 bis 470 Zeilen...  
471 bis 480 Zeilen...  
481 bis 490 Zeilen...  
491 bis 500 Zeilen...  
501 bis 510 Zeilen...  
511 bis 520 Zeilen...  
521 bis 530 Zeilen...  
531 bis 540 Zeilen...  
541 bis 550 Zeilen...  
551 bis 560 Zeilen...  
561 bis 570 Zeilen...  
571 bis 580 Zeilen...  
581 bis 590 Zeilen...  
591 bis 600 Zeilen...  
601 bis 610 Zeilen...  
611 bis 620 Zeilen...  
621 bis 630 Zeilen...  
631 bis 640 Zeilen...  
641 bis 650 Zeilen...  
651 bis 660 Zeilen...  
661 bis 670 Zeilen...  
671 bis 680 Zeilen...  
681 bis 690 Zeilen...  
691 bis 700 Zeilen...  
701 bis 710 Zeilen...  
711 bis 720 Zeilen...  
721 bis 730 Zeilen...  
731 bis 740 Zeilen...  
741 bis 750 Zeilen...  
751 bis 760 Zeilen...  
761 bis 770 Zeilen...  
771 bis 780 Zeilen...  
781 bis 790 Zeilen...  
791 bis 800 Zeilen...  
801 bis 810 Zeilen...  
811 bis 820 Zeilen...  
821 bis 830 Zeilen...  
831 bis 840 Zeilen...  
841 bis 850 Zeilen...  
851 bis 860 Zeilen...  
861 bis 870 Zeilen...  
871 bis 880 Zeilen...  
881 bis 890 Zeilen...  
891 bis 900 Zeilen...  
901 bis 910 Zeilen...  
911 bis 920 Zeilen...  
921 bis 930 Zeilen...  
931 bis 940 Zeilen...  
941 bis 950 Zeilen...  
951 bis 960 Zeilen...  
961 bis 970 Zeilen...  
971 bis 980 Zeilen...  
981 bis 990 Zeilen...  
991 bis 1000 Zeilen...

**Geographische**  
Anzeige...  
Karte...  
Preis...

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden,  
Bismarckstr. Nr. 11 und 2096.

Quartiergeschäftsstelle:  
Bismarckstr. 35/40.

**Beleuchtungs-Körper**  
für Gas und Elektrisch in jeder Preislage  
**Aparte und preiswerte Geschenkartikel**  
in Messing, Kupfer, Eisen etc., alles eig. Erzeugnisse, empfohlen  
**Böhme & Hennen, Victoriastrasse 9.**

Interessant! **DIABOLO** **Fesselnd!**  
das neue Pariser Sportkreiselapfel in allen Ausführungen in grösster  
Auswahl von den einsehbarsten bis zu den feinsten.  
Hoflieferant **B. A. Müller, Prager Str. 32/34.**

**Julius Schädlich**  
Am See 10, part. u. I. Et.  
**Beleuchtungs-Gegenstände**  
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

## Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Beamte.

## Hermann Pörschel

Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

### Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Nebelig, sonst warm und heiter.  
Das „Dresdner Journal“ nimmt von der Wieder-  
vermählung der Gräfin Montignoso mit dem Tonkünstler  
Lofelli Akt.  
Die städtischen Kollegien in Dresden haben aus-  
Anlass des Ablebens des Großherzogs von Baden an das  
Bürgermeisteramt in Karlsruhe ein Beileids-  
telegramm gerichtet.  
Der Rat zu Dresden plant für 1908 eine Er-  
höhung der Straßenbahn-Fahrpreise nach dem  
Zonentarif.  
Geheimer Hofrat Prof. Dr. Treu begeht am 1. Oktober  
das 25jährige Jubiläum seiner Berufung nach Dresden.  
Die deutsche Kronprinzessin sieht für Ende No-  
vember einem freudigen Ereignis entgegen.  
Die Beileidigung des Großherzogs von Baden wird wahr-  
scheinlich nächsten Sonnabend stattfinden.  
Eine Reform des preussischen Landtagswahl-  
rechts ist trotz anders lautender Meldungen ernstlich beab-  
sichtigt.  
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wendet sich mit vielem Nachdruck  
gegen eine falsche Behauptung des Abgeordneten Erz-  
berger über eine Erhöhung der Repräsentationszulage des  
Reichsanwalters.  
Die Vorlage über die Reform des amtsgericht-  
lichen Prozesses wird dem Reichstag voraussichtlich im  
Januar 1908 zugehen.  
Nach dem statistischen Ergebnis traten 1905 in Deutschland  
9389 Katholiken zur evangelischen Kirche über, während  
nur 793 Protestanten katholisch wurden.  
Es bestätigt sich, daß die französischen Truppen in  
Marokko alle Kriegsgefangenen erschossen.  
Das Urteil im Prozeß Koeren-Schmidt lautet gegen  
Schmidt auf 100 Mark Geldstrafe.

## Ein Schritt vorwärts in der Sächsischen Wahlreform!

Das ist das erfreuliche Ergebnis der vorgestrigen  
Generalversammlung des konservativen Landesvereins.  
Mit gespannter Aufmerksamkeit blickte man gerade die-  
mal den Beratungen der größten Partei Sachsens ent-  
gegen, denn von ihrem Ausfall hing nicht nur Geschlossen-  
heit oder Spaltung in ihren Reihen, sondern auch ein gut  
Teil Zukunft der Regierungsvorlage über die Wahlrechts-  
reform ab, sind doch die Konservativen noch immer trotz  
der letzten Wahlverluste die ausschlaggebende Fraktion in  
der Zweiten Kammer. Die Gegner der konservativen  
Partei sehen sich in doppelter Hinsicht enttäuscht: keine Zer-  
setzung ist eingetreten, vor allem aber keine intransigente  
Stellungnahme gegenüber dem Regierungsentwurf, die nur  
das Ansehen und den Einfluss der Konservativen im Lande  
hätte diskreditieren können und außerdem die traditionellen  
guten Beziehungen der Partei zur Regierung ernstlich ge-  
fährdet haben würde. Allerdings war der Ton der Er-  
örterungen sehr gedämpft; man stand sichtlich unter den  
Nachwirkungen der im letzten Wahlkampf erlittenen  
Schlappe, um mit dem Vorsitzenden, Landrichter Dr.  
Wagner, zu reden; das Hauptinteresse war auf die beiden  
großen Referate des Geh. Hofrats Dr. Ovis und des Ober-  
bürgermeisters Deutler beschränkt, die eigentliche Debatte  
über die Hauptberatungsgegenstände — das konservative  
Programm und die Wahlreform — hielt sich dagegen in sehr  
vorsichtigen Grenzen, sogar als die Sprache auf Herrn von  
Nostitz-Wallwitz und seinen bekannten Vorkopf gegen die  
angebliche konservative „Rebenregierung“ kam: kurz, man  
redete nicht frei von der Leber weg. Man kann dies be-  
dauern, weil dadurch die Klärung der verschiedenen An-  
schauungen und der für die innere Einheit einer Partei  
so überaus notwendige Ausgleich der in ihr herrschenden  
verschiedenen Strömungen vielleicht nicht voll und ganz  
erreicht zu sein scheint, doch wird man andererseits auch  
anerkennen müssen, daß in der Debatte schließlich nicht  
mehr soviel zu sagen war, weil die das Parteiprogramm  
wie die Wahlrechtsreform betreffenden Fragen schon vor-  
her in der Öffentlichkeit so lebhaft und eingehend dis-  
kutiert worden waren, daß der Landesversammlung in  
dieser Hinsicht „zu tun fast nichts mehr übrig“ blieb. Wer  
zwischen den Zeilen der beiden Resolutionen zu lesen ver-  
steht, merkt auch ohne weiteres, daß der Zweck einer gründ-  
lichen Aussprache über die Meinungsverschiedenheiten er-  
reicht worden ist, denn die Fassung der Beschlüsse zum

Parteiprogramm und zur Wahlrechtsreform zeigt mit aller  
Deutlichkeit, daß man sich von hüten und drüben zu fried-  
licher Verständigung die Hände gereicht hat. Wie wir dies  
öfter betont haben, stand dieser erfreuliche Ausgang ge-  
wisser Zwischenglieder innerhalb der konservativen Partei  
„Gon längere Zeit vor dem Zusammentritt der Generalver-  
sammlung des Landesvereins fest, so daß es schon aus  
diesem Grunde wenig erwünscht schien, alle Verschiedenheiten  
der Ansichten und Auffassungen innerhalb der Partei noch  
einmal des Innern und Breiten durchzukämpfen.

Die jetzige neue Resolution des Landesvereins zur  
Regierungsvorlage betreffend die Wahlrechtsreform  
bedeutet einen entschiedenen Fortschritt zum Besseren  
und zeigt ein großes, ehrliches Entgegenkommen.  
Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen,  
sei hier nochmals betont, daß auch die kon-  
servative Fraktionserklärung in eine „loyale“ Be-  
ratung des Regierungsentwurfs eintreten wollte, aber die  
neue Resolution bedeutet jedenfalls mit ihrem Wunsch-  
nach einer „wohlwollenden Beurteilung“ entschieden mehr  
Trost denn läßt sich kein Gegenstand zwischen beiden  
Erklärungen künstlich konstruieren, was schon daraus  
hervorgeht, daß sämtliche in der Generalversammlung  
anwesenden Mitglieder der konservativen Fraktion  
— und es waren fast alle vertreten! — für die Re-  
solutionsstimmen unbeschadet ihrer früheren Stellung-  
nahme im Fraktionsbeschlusse. Eine detaillierte Fraktions-  
erklärung muß naturgemäß ein anderes Gesicht zeigen, als  
ein Parteibeschlusse, der sich in ganz großen Umrissen hält  
und nur die prinzipielle Verwilligung erklärt, auf dem  
Hoden der Regierungsvorlage an dem wichtigen Werk der  
Wahlreform mitarbeiten zu wollen. So unterschieden sich  
beide Erklärungen wesentlich nur durch ihren verschiedenen  
Zweck, wobei allerdings auch die veränderte Situation ein  
Wort mitgesprochen hat. Es ist bekanntlich der Ton, der  
die Musik macht, und dieser „Ton“ ist in der Resolution des  
Parteiorgans „suaviter in modo“. Man hat eben die Lage mit  
ruhigeren Augen ansehen gelernt, und weiß, daß in so  
schwierigen Fragen, wie es die Wahlrechtsreform ist, nur  
föhle Besonnenheit zum Ziele führen kann. Daß die Re-  
solutionsstimmen einstimmig angenommen wurde, beweist,  
daß man noch allem eine Verständigung der Konservativen über  
die Regierungsvorlage als sehr wahrscheinlich ansehen kann.  
Diese Verständigung wird ihre Feuerprobe bei den kom-  
menden Beratungen im Landtage um so sicherer bestehen,  
als die Grenzen für die Bewegungsfreiheit der Abgeord-  
neten in der Resolution hinreichend weit gezogen sind. Be-  
sonnend hat man sich nur auf die Zustimmung zu den „Ver-  
hältniswahlen und einem angemessenen Pluralwahlrecht“.  
Wie die geforderte „Gewähr für eine vaterländisch geführte  
Mehrheit der Volksvertretung“ erzielt werden soll, hat  
man nicht ausgesprochen. Es ist also Spielraum vorhanden;  
ob man diese Gewähr mit Einführung der Wahlen  
durch Kommunalverbände oder auf andere Weise erreichen  
will. Wenn Finanzrat a. D. Deutler in seinem Referat  
sogar eine Weiterentwicklung der Wahlen durch Kom-  
munalverbände befürwortet hat, so spricht daraus wohl  
vornehmlich sein oberbürgermeisterliches Herz. Wichtig ist  
dagegen, daß man allem Anschein nach konservativereits  
den kategorischen Einspruch gegen die regierungsfähig beab-  
sichtigte Aufhebung der bisherigen Scheidung der Wahl-  
kreise nach Stadt- und Landgemeinden aufgegeben hat.  
Allerdings: „Nur sehr schwer“ wird man sich dazu ent-  
schließen, sagte Herr Deutler.

Ein ganz eigenartiges Moment war es übrigens,  
welches Oberbürgermeister Deutler in der Einleitung  
zu seinem Referat in den Streit der Meinungen warf.  
Er stellte nämlich an die Spitze seiner Ausführungen die  
Bestimmungen des § 82 der Verfassungs-Urkunde, nach  
welcher auf Grund des dort vorgeschriebenen Eides die  
Mitglieder der Kammer lediglich ihrem Gewissen verant-  
wortlich darüber bleiben, daß sie bei ihren Abstimmungen  
das unzerstörliche Wohl des Königs und Vaterlandes  
beobachten. Er wie alle übrigen Mitglieder des Landtages  
sind also nicht in der Lage, irgend einen bindenden Auf-  
trag für ihre Abstimmung in Hinsicht auf irgend einen  
Gesetzesentwurf-Vorschlag anzunehmen und bleiben auch  
formell dann völlig frei, wenn sie für einen Gesetzesentwurf-  
Vorschlag sich öffentlich oder konfidentell erklärt hätten. Er  
erklärte diese Bestimmung noch weiter dahin, daß alle  
Mitglieder der Landesversammlung durch ihre Abstimmung  
in der Parteiverammlung für die dereinstige Abstimmung  
im Landtage völlig ungebunden seien. In formeller Hin-  
sicht wird gegen diese deutliche Auffassung, welche sich

in diesem Falle gewissermaßen als eine „reservatio gou-  
vernamentalis“ ansehen läßt, kaum etwas einzuwenden sein.  
In der Praxis erscheint sie aber als eine unzulässig scharfe  
Trennung zwischen Abgeordneten und Partei-  
mitgliedern, und man kann sich dem Bedenken nicht ver-  
schließen, daß der Abgeordnete hierdurch mit den Verpflich-  
tungen gegen seine Partei, durch deren Vertrauen er doch  
gewählt wird, in ernste Konflikte gerät. Oberbürgermeister  
Deutler deutete selber die sich hieraus ergebenden Gefahren  
an, indem er in dem gegebenen Falle erklärte, daß die  
Abgeordneten, welche der vorliegenden Resolution des kon-  
servativen Parteivorlages zur Wahlrechtsreform zustimmen,  
im Landtage aber später eine andere Haltung einnehmen,  
dann mit der Partei und ihren Grundfragen sich an-  
einanderzusehen hätten.

Am heftigsten erlitten die Behandlung der Affäre  
Nostitz-Wallwitz in punkto „Rebenregierung“. Nur,  
wer ein sehr gutes Gewissen hat, bleibt so ruhig  
berattigen Anwürfen gegenüber, wie es auf der  
Generalversammlung des konservativen Landesvereins  
der Fall war. Obwohl man nach wie vor auf dem  
Standpunkte des Julius-Schädlich der Landtags-  
fraktion steht, daß im Landtage selbst eine Aufklärung  
von kompetenter Seite erfolgen müsse, nahm man doch  
die sichtlich offizielle Erklärung des Kreisshauptmanns  
Dr. Kumpelt mit großer Befriedigung entgegen, der zwei-  
fellos nachdrücklich betonte: einmal, daß Herr von Nostitz-  
Wallwitz mit seinen Angriffen gegen eine konservative Rebenregie-  
rung „ganz auf eigene Hand“, d. h. also doch ohne Ein-  
verständnis und Rückendeckung seitens der Regierung ge-  
handelt habe, und zum andern, daß er selbst in seiner frühe-  
ren Eigenschaft als Personalreferent im Ministerium ver-  
sichern könne, daß ihm keine Fälle bekannt seien, wo kon-  
servative Partei- oder Fraktionsangehörige „einen unbe-  
rechtingten oder eigenmächtigen Einfluß auf die Regierung“  
auszuüben versucht hätten. Uebrigens hat Herr von Nostitz-  
Wallwitz selber das Wort ergriffen, um sich zu rechtfertigen.  
Er hält nach wie vor seine Ausführungen inhaltlich auf-  
recht, gibt aber an, daß sie der Zeit wie der Art nach in-  
opportun erscheinen könnten. Man kann Herrn von Nostitz  
ruhig glauben, daß er selbst von der „Sachlichkeit“ seiner  
Anzeige überzeugt war und noch ist, daß ihm wohl auch  
persönliche Nebenründe fernzulegen haben — aber so viel  
steht fest, daß er sich über die Wirkung und Tragweite seiner  
Worte nicht im klaren gewesen ist, was bei einem Regie-  
rungsrat eigentlich nicht vorkommen dürfte. Denn wer  
seines Vaterlandes Interessen einmal vielleicht auf  
wichtigen Posten vertreten soll, muß in erster Linie ein  
sicheres, klares Augenmaß für das Haben, was er tut und  
spricht.

So wird — nimmt man alles in allem — ein  
Stein nach dem anderen der Regierungsvorlage aus  
dem Wege geräumt. Verhältniswahlen und Mehr-  
stimmwahlrecht werden akzeptiert; aus der Aufhebung  
der Scheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahl-  
kreisen soll konservativereits wenigstens keine Konflikts-  
frage gemacht werden; bleiben nur noch die Wahlen durch  
Kommunalverbände, der meist umstrittene Punkt der Re-  
form. Hier haben sich besonders die Nationalliberalen in  
ihrer Leipziger Erklärung festgelegt; hier wird also der  
Streit am heftigsten entbrennen, wenn nicht — wie zu  
hoffen steht — ein Ausweg gefunden wird. Voraussichtlich  
werden aber die nationalliberalen Abgeordneten im Ver-  
lauf der Landtagsverhandlungen mit sich reden lassen, denn  
auch sie sind, um dem Gedankengang des deutlichen Re-  
ferats zu folgen, für ihre definitiven Entschlüsse und Ab-  
stimmungen im Landtage „völlig ungebunden“ früheren  
Resolutionen gegenüber. Bei den konservativen Abgeord-  
neten braucht diese Loslösung der Abgeordneten von der  
Partei im deutlichen Sinne überhaupt nicht einzutreten,  
denn ihnen ist, wie oben dargelegt, gerade bezüglich der  
Wahlen durch Kommunalverbände weiteste Freiheit ge-  
lassen. Anders die nationalliberalen Abgeordneten: bei  
ihnen wird diese Frage des Verhältnisses zu früheren  
Parteientschlüssen akut, falls nicht noch nachträglich die  
nationalliberale Parteileitung zu anderen Entschlüssen  
kommt.

## Neueste Drahtmeldungen vom 28. Septbr.

Zur Reform des preussischen Landtagswahlrechts.  
Berlin. (Priv.-Tel.) Eine Reform des preu-  
sischen Landtagswahlrechts ist, wie entgegen-  
stehenden Meinungen gegenüber zu konstatieren ist, ernst-

**Streichr. Fusch-Farben** 1 Kilo und -Lacke 1 Kilo  
ausgegeben in jedem Quantum, nur erhältlich in den  
Filialen von **Erledrich & Glöckner**, Dresden und Pirna.